

Petition Basel-Land

Bildungswahl für alle statt für wenige

Jedem Kind die beste Bildung

Wir fordern den Landrat und die Regierung des Kantons **Basel-Land** auf, gesetzliche Grundlagen zu schaffen und Massnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass...

1. die Erklärung der **Menschenrechte Art. 26 Abs. 3** umgesetzt wird:
„Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.“
 Menschenrechte sind Rechte, die **unabhängig von den finanziellen Verhältnissen**, in Anspruch genommen werden können.
2. die **Eltern** unter verschiedenen Schulmodellen der Staatsschulen ein für ihr Kind geeignetes Modell **wählen** können, **unabhängig der Postleitzahl**.
3. nichtstaatliche Schulen auch anteilmässig öffentlich finanziert werden, wenn die Schulen dadurch den **offenen und unentgeltlichen Zugang für alle Kinder** gewährleisten.
4. **Art. 41 der Schweizerischen Bundesverfassung** umgesetzt wird:
„Die Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich nach ihren Fähigkeiten bilden können.“
 Die **Vielfalt von Bildungsmodellen** und deren **Autonomie** gefördert und finanziert werden.

Unterstützende

- FPA** Freier Pädagogischer Arbeitskreis
EFFE Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen
Dr. med. Bernhard Wingeier, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin FMH Klinik Arlesheim
Dr. med. Urs Jeker, Kinder und Jugendpsychiater
Julia Herold-Guldemann, Psychologin
Dr. med. Peter Schindler, Facharzt FMH für Psychiatrie / Psychotherapie
Dr. med. Silvana Romerio, Bubendorf
Michael Zurwerra, Rektor FFH, Fernfachhochschule Schweiz
Linard Bardill, Liedermacher, Schriftsteller
Chris von Rohr, Rockmusiker, Autor
Sibylle und Michael Birkenmeier, Kabarettisten
Priska Jaberg, Landrätin EVP
Bernhard. Bonjour, SOL in Liestal
Pascale Uccella-Klauser, Landrätin SVP
Klaus und Irene Endress, Unternehmer

| NAME / VORNAME | PLZ / WOHNORT | E-MAIL- ADRESSE | UNTERSCHRIFT | JA* |
|----------------|---------------|-----------------|--------------|-----|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

* JA, ich möchte mehr Infos. Die Petition kann von allen Personen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität und Wohnort leer kopiert, bestellt oder **online** unter www.elternlobby.ch unterzeichnet werden. Bitte senden Sie den Bogen zurück – auch nur eine Unterschrift ist willkommen!

Begründungen

Grenzen des staatlichen Schulmonopols

1. Die Erziehungsberechtigten tragen die Gesamtverantwortung für das Wohl ihrer Kinder, auch in der Bildung, und dazu brauchen sie entsprechende Entscheidungskompetenzen. **Kinder und Eltern können in der Schule nur mitwirken und in keiner Frage mitbestimmen. Deshalb muss das Menschenrecht der freien Bildungswahl für alle Eltern umgesetzt werden.**

2. Wie verschiedene Studien zeigen, stossen die Volksschulen, allen Kindern gerecht werden, deutlich an ihre Grenzen. Beispiele:
Schulabbruch: Jedes Jahr brechen ca. 5000 Jugendliche frustriert die Schule ab = hohe soziale Folgekosten.
Therapien: Bis zu 50% der 3. Klässler erhalten sondertherapeutische Massnahmen. Der UNO-Kinderrechtsausschuss kritisiert, dass in der Schweiz zu viel ADHS diagnostiziert und zu häufig Psychopharmaka verschrieben werden.

Sitzenbleiben: Fast jedes fünfte Kind wiederholt in der Schweiz ein Schuljahr. Eine Massnahme, die dem Kind in der Regel nichts bringt, den Staat aber ca. Fr. 15'000.- pro Kind im Jahr kostet.
Bildungsdefizite: 20% der Schulabgänger verlassen die Schule als funktionale Analphabeten. Die unzureichende Schulbildung von rund 20% der Schulabgänger (OECD) kostet unsere Gesellschaft jährlich rund 1 Milliarde Franken (Studie des Bundes).

Deshalb braucht es verschiedene Bildungsmodelle und den Zugang für alle Kinder, egal aus welcher sozialen Schicht sie stammen.

3. In machen Fällen kann eine nichtstaatliche Schule den Bedürfnissen der Kinder besser **gerecht werden**. Familien, die eine solche Schule wählen, zahlen doppelt: Steuern für die Staatsschulen und Schulgeld für die nichtstaatliche Schule.

Deshalb ist Schulwahlmöglichkeit nur mit dem Portemonnaie sozial ungerecht.

Studie der OECD in 27 Ländern und 180'000 Schülerdaten:
 Freie Bildungswahl, Autonomie und Rechenschaftspflicht erhöhen die Schulqualität, Chancengerechtigkeit und Effizienz im Bildungswesen.

Spendenkonto elternlobby.ch 40-207631-4, Vermerk Petition

Bitte frankieren

elternlobby baselland
 Fredi Jaberg
 Goldbergstrasse 3
 4416 Bubendorf